

Biden und die neue Berechenbarkeit der USA

Der Präsident hat dem Land in seinen ersten 100 Tagen im Amt Ruhe und Ordnung zurückgegeben. Zugleich spult er ein beachtliches Programm ab.

VON CHRISTIANE JACKE

WASHINGTON (dpa) Dass sich Politiker nach 100 Tagen im Amt ihrer ersten großen Bilanz stellen müssen, haben sie dem früheren US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt zu verdanken. Der trat sein Amt 1933 mitten in der Weltwirtschaftskrise an, setzte in den ersten gut drei Monaten eine ganze Batterie von Gesetzen und Verfügungen durch, um das Land aus der Misere zu wuchten, und prägte so die Idee des 100-Tage-Programms.

Alles ist streng choreografiert. Überraschungen gibt es selten.

Seitdem haben es Politiker in den USA und anderen Teilen der Welt mit dieser – eigentlich willkürlichen – Frist zu tun.

Für Joe Biden ist es an diesem Donnerstag soweit: Dann ist der US-Demokrat 100 Tage im Amt. Biden startete inmitten einer Krise von Rooseveltschem Ausmaß: in der verheerenden Corona-Pandemie und der schlimmsten Rezession seit der Weltwirtschaftskrise. Außerdem hinterließ ihm Vorgänger Donald Trump innenpolitisch ein zerrissenes Land und außenpolitisch einen beispiellosen Scherbenhaufen.

Kann jemand, der auf Trump folgt, eigentlich nur punkten? Nun ja, Bidens Zustimmungswerte liegen relativ stabil bei 52 bis 54 Prozent. Das ist solide, aber nicht überschwinglich. In jedem Fall ist es besser als Trump, der es in seiner gesamten Amtszeit nicht über 50 Prozent brachte.

Überschwang und Enthusiasmus sind aber insgesamt nicht das Leitmotiv eines Amerikas unter Biden.

Der 78-Jährige zog als ältester Präsident aller Zeiten ins Weiße Haus ein. Er steht nicht unbedingt für Aufbruch und Neuerung, sondern eher für die Rückkehr zu Konventionen, Vernunft, Beständigkeit, Berechenbarkeit – und etwas Ordnung nach chaotischen Trump-Jahren. Genau das hat er bislang abgeliefert.

Angesichts der Krisenlage nahm sich Biden enorm viel vor für die ersten 100 Tage. Gleich am ersten Tag im Amt unterzeichnete er fast ein Dutzend Verfügungen, mit denen er auch diverse Entscheidungen von Trump demontierte: Er führte die USA etwa zurück in das Pariser Klimaabkommen und die Weltgesundheitsorganisation, und er drehte die Einreiseverbote aus mehreren muslimisch geprägten Ländern zurück.

In den mehr als drei Monaten seitdem arbeitete Biden zudem relativ geräuschlos den Rest seiner 100-Tage-Vorhaben ab.

Im Eiltempo setzte er, trotz einiger Gegenwehr der Republikaner, ein gewaltiges rund 1,9 Billionen Dollar schweres Konjunkturpaket durch, um die geplagte Wirtschaft zu stützen. Er drehte an Stellschrauben, um die Corona-Impfungen zu beschleunigen. Das Versprechen, in den ersten 100 Tagen 100 Millionen Impfungen zu verabreichen, löste er schon nach knapp 60 Tagen ein. Dann verdoppelte er das Ziel auf 200 Millionen Impfungen und erreichte auch das, nach gut 90 Tagen.

Inzwischen hat er Pläne für ein riesiges Investitionsprogramm vorgelegt, ebenfalls fast zwei Billionen Dollar schwer. Damit will er die Infrastruktur des Landes erneuern und Millionen Jobs schaffen. Manche vergleichen es mit Roosevelts Programm von damals. Es könnte Bidens Vermächtnis werden. Doch der Weg dahin ist noch weit.

Durchwachsen lief es in der Migrationspolitik. Biden leitete noch



Ein fleißiger US-Präsident an seinem Schreibtisch im Oval Office: Joe Biden hat in seinen ersten 100 Tagen im Amt einiges auf den Weg gebracht.

FOTO: HARNIK/DPA

am ersten Tag einen radikalen Kurswechsel ein: mehr Humanität statt Abschottung, Integration statt Ausgrenzung. Doch die Regierung sandte widersprüchliche Botschaften. Die Zahl der Menschen, die versuchen, illegal über die Grenze zu kommen, steigt rasant. Und die Zustände in Grenzunterkünften, gerade für Kinder, sorgen für Empörung. Dieses Thema könnte für Biden in den kommenden Monaten zum echten Problem werden.

Außenpolitisch startete Biden damit, Verbündeten zu versichern, dass sie wieder auf die USA zählen können („Amerika ist zurück“). Mit Russland verhandelte die Biden-Regierung ei-

lig eine Verlängerung des atomaren Abrüstungsvertrags „New Start“, kurz vor dessen Auslaufen. Gleichzeitig schlug Biden gegenüber Moskau einen deutlich härteren Kurs als Trump ein. Bei Afghanistan war Biden zu schnellem Handeln gezwungen und entschied, den von Trump verkündeten Eil-Abzug bis Mai zumindest bis September hinauszuzögern. Mit Teheran gibt es inzwischen zumindest indirekte Gespräche darüber, ob die USA zum Atomabkommen mit dem Iran zurückkehren, das Trump aufgekündigt hatte.

Kurz vor Ablauf der ersten 100 Tage veranstaltete Biden noch einen internationalen Online-Klimagipfel und

verkündete ein neues Klimaziel für die USA. Nach vier Jahren Stillstand im Kampf gegen die Erderwärmung meldete sich Amerika so auf der globalen Bühne zurück.

Und: Mit Biden herrscht wieder Ordnung im Weißen Haus. Die Tagespolitik des Präsidenten folgt einem wiederkehrenden Schema: Das Weiße Haus bereitet Themen akribisch vor. Erst kommen lange Datenblätter und Erklär-Schaltens für Journalisten, dann tritt Biden vor die Kameras, um ein Statement zum Thema zu verlesen. Fertig. Alles ist streng choreografiert. Überraschungen gibt es selten. Keine Politik per Twitter, keine nächtlichen Ankündigungen, keine Raus-

schmisser per Tweet, kaum Aufreger. Ein krasser Kontrast zum Chaos unter Trump.

Die Washington Post taufte Bidens Routine zu Beginn als „Nine-to-Five-Präsidentschaft“. Andere nennen seine Amtsführung gar „langweilig“. Doch die post-Trump-sche Berechenbarkeit ist mit einem nicht zu verwechseln: mit Behäbigkeit. Bidens 100-Tage-Bilanz in Zahlen: Er erließ mehr als 40 Verfügungen, unterzeichnete fast ein Dutzend Gesetze und kehrte mehr als 60 Beschlüsse seines Vorgängers um. Letzteres ist es nach Zählung des American Presidency Project ein Rekord in der jüngeren US-Geschichte.

INTERVIEW PETER BEYER

„Die Krise gehört eindeutig der Vergangenheit an“

Der Transatlantikkoordinator der Bundesregierung sieht eine deutliche Verbesserung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses nach Bidens Amtsantritt.

BERLIN 100 Tage nach Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Joe Biden ist nach Ansicht des Transatlantikkoordinators der Bundesregierung, Peter Beyer (CDU), die Krise im deutsch-amerikanischen Verhältnis überwunden.

Peter Beyer (CDU) ist Koordinator der Bundesregierung für die transatlantische Zusammenarbeit.



FOTO: MELZER/DPA

Herr Beyer, 100 Tage Biden sind auch 100 Tage ohne Donald Trump. Ist Trump tatsächlich Geschichte?

PETER BEYER Für den Moment ist er das. Ich mag auch jetzt noch nicht daran denken, was in knapp vier Jahren ist. Wobei ich es für eher unwahrscheinlich halte, dass Trump erneut antreten wird.

Was hat sich durch Biden verändert?
BEYER Er legt ein gutes Tempo vor. Und das nicht nur beim Impfen. Biden hat mehr als 40 Dekrete unterschrieben – die meisten davon waren die Rückabwicklung von Vorhaben und Maßnahmen seines Vorgängers. Vieles davon war nach innen gerich-

tet. International hat Biden den Weg zurück zur Kooperation eingeschlagen. Ich nenne nur den fulminanten Klimagipfel, den er inszeniert hat. Da waren selbst die Chinesen und Russen vergleichsweise konstruktiv dabei.

Wie sieht es denn bilateral aus – ist die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen überwunden?

BEYER Die Krise gehört eindeutig der Vergangenheit an. Es hat viele Personalveränderungen gegeben, die sich positiv auswirken. Uns hat vor allem gefreut, dass der von Trump einseitig angestoßene Truppenabzug aus

Deutschland nicht kommen wird. Jetzt ist sogar mit einem Aufwuchs von 500 Soldaten zu rechnen. Das ist ein klares Bekenntnis zur transatlantischen Allianz. Hinzu kommen viele konkrete Projekte auf der Arbeitsebene. Beide Seiten sind sich bewusst, dass einiges nachzuholen ist wegen des destruktiven Verhaltens von Trump.

Das heißt, Biden steht für die Rückkehr zum Bewährten?

BEYER Da bin ich eher zurückhaltend. Man darf sich nicht täuschen lassen vom Alter des Präsidenten; dass es ihm mit 78 Jahren nur darum

geht, etwas Ruhe in die internationale Politik zu bringen, kann ich überhaupt nicht feststellen. Vielmehr verknüpft Biden den Klimaschutz und die globalen Veränderungen mit sicherheitspolitischen Fragen. Das ist alles andere als „old stuff“, also altes Zeug.

Bidens Umkehr in der Klimapolitik, seine Allianzen gegen Peking, der härtere Kurs gegen Russland – muss Deutschland jetzt auch mehr liefern?

BEYER Da stehen wir sogar in der Pflicht. Nicht, weil die Amerikaner das wollen oder sie Druck auf uns ausüben. Sondern weil es in unse-

rem eigenen Interesse liegt. Aus meiner Sicht gibt es noch viel Potential in der transatlantischen Zusammenarbeit. Da brauchen wir gemeinsame, strategische Entwürfe, um als westliche Allianz aufzutreten, gerade gegenüber China. Ich meine konkret die Bereiche Klimaschutz, Pandemiebekämpfung, die wirtschaftlichen Interessen, Digitalisierung und den Minderheitenschutz. Das muss jetzt kommen. Biden selbst hat gesagt, er braucht starke Partner. Wir stehen bereit.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE
HAGEN STRAUSS

Der gescholtene Kardinal Marx weist „hohe Ehre“ zurück

Eigentlich hätte der ehemalige Trierer Bischof am Freitag das Bundesverdienstkreuz erhalten sollen – doch dazu kommt es jetzt nicht.

VON UTE WESSELS
UND CHRISTOPH DRIESSEN

MÜNCHEN/BERLIN/TRIER (dpa/red) Der Münchner Kardinal Reinhard Marx verzichtet nach Kritik von Missbrauchsoffizieren auf das Bundesverdienstkreuz. Wie ein Sprecher des Erzbistums von München und Freising mitteilte, richtete Marx am Dienstag per Brief eine entsprechende Bitte an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Die Auszeichnung hätte dem ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz am Freitag in Berlin überreicht werden sollen.

Den Angaben nach dankte Marx für die „hohe Ehre der Verleihung“, an der das Staatsoberhaupt „auch in Reaktion auf die öffentliche Kritik wertschätzend und wohlwollend“

festgehalten habe. Ihm sei bewusst gewesen, dass die Auszeichnung auch Anlass zur selbstkritischen Betrachtung seines Wirkens und der Arbeit der katholischen Kirche insgesamt sei. „Die Kritik, die nun von Menschen geäußert wird, die von sexuellem Missbrauch im Raum der Kirche betroffen sind, nehme ich sehr ernst, unabhängig von der Richtigkeit der einzelnen Aussagen in Offenen Briefen und in der medialen Öffentlichkeit.“ Im Sinne der Aufarbeitung, der er sich persönlich und als Amtsträger der Kirche verpflichtet habe, blende er diese Kritik nicht aus.

Marx schrieb den Angaben nach weiter, er wolle mit dem Verzicht auch negative Interpretationen verhindern mit Blick auf andere Menschen, denen die Auszeichnung zuteil geworden sei. Zudem wolle er



Gegen die Ehrung von Kardinal Reinhard Marx hatten auch Missbrauchsoffiziere aus dem Bistum Trier protestiert.

FOTO: BERND VON JUTRZENKA/DPA

auch dem Amt des Bundespräsidenten keinen Schaden zufügen.

Auch aus dem Bistum Trier, wo Marx von 2002 bis 2008 Bischof war, hatte es Kritik an der vorgesehenen Auszeichnung gegeben: „Rein for-

mal ist diese Würdigung problematisch, denn sie geschieht in dem noch schwebenden Verfahren der Aufarbeitung sexualisierter Gewalt, zu der auch die Verantwortung der Bischöfe gehört“, teilte der Verein der Miss-

brauchsoffiziere im Bistum Trier (Missbit) am Montag mit. Zugleich verwies er auf negative Erfahrungen, „die einige Betroffene mit Marx als Bischof von Trier gemacht haben: Gesprächsverweigerung, Verharmlosung, Einschüchterung“.

Der Betroffenenbeirat im Erzbistum Köln hatte ebenfalls an den Bundespräsidenten appelliert, die Auszeichnung vorerst nicht vorzunehmen. Der Vorwurf der Vertuschung sei bei Marx „noch längst nicht ausgeräumt“, verschiedene Untersuchungen dazu seien noch nicht abgeschlossen, so der Beirat, der die Opfer sexuellen Missbrauchs durch katholische Priester vertritt.

Das Bundespräsidialamt hielt daraufhin an der Verleihung fest. Marx sei in seiner Zeit als Vorsitzender der Deutschen Bischofs-

konferenz in besonderer Weise für Gerechtigkeit und Solidarität eingetreten, begründete dies ein Sprecher. Der Kardinal habe sich für die Aufnahme von Geflüchteten eingesetzt und gegen Populismus und Hetze Stellung bezogen. Hierfür sollte Marx ausgezeichnet werden. Gleichzeitig erwarte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die rückhaltlose Aufklärung des massenhaften sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen in der katholischen Kirche.

Marx ist seit 2008 Erzbischof von München und Freising. Von 2014 bis 2020 war er Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz.

Produktion dieser Seite:
Gerrit Dauelsberg
Martin Wittenmeier